

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **23 (1943-1944)**

Heft 9-10

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politische Rundschau

Zur Lage.

Die feierliche Neuwahl des Bundesrates am 15. Dezember mußte auf jeden Beobachter, soweit er der ganzen Angelegenheit, wie unserem Parlament als solchem, mit jener Unvoreingenommenheit begegnet, die nichts weniger als die Voraussetzung für ein vernünftiges politisches Urteil überhaupt ist, einen ausgezeichneten Eindruck machen. Mit großer Disziplin, und hier vor allem auch in klarer Erkenntnis der taktisch-diplomatischen Erfordernisse unserer Außenpolitik, wurde ein Geschäft erledigt, über das zum voraus recht viel Tinte verspritzt worden war und das entsprechend viel Aufregung der Gemüter verursacht hatte. Nun ist also Bundesrat Pilet für eine neue Amtsdauer bestätigt und gleich noch zum Vizepräsidenten des Bundesrates gewählt worden, und die Wahl hatte selbstverständlich keine andere Meinung und konnte auch keine andere haben als die, daß Herr Pilet also weiter das Politische Departement verwalten werde. Wenn wir recht unterrichtet sind, so hatte übrigens der neu zu wählende Bundesrat gewisse Bedingungen gestellt, Bedingungen, die mit Rücksicht auf die Stellung eines Chefs des Politischen Departements nach außen wohl gestellt werden mußten: er kündigte seinen Rücktritt an für den Fall, daß er nicht im ersten Wahlgang als Bundesrat bestätigt, aber auch für den weiteren Fall, daß er nicht im ersten Wahlgang zum Vizepräsidenten gewählt würde. Das mußte selbstverständlich seine Wirkung auf gewisse Kreise tun, die sich vorerst zur Opposition entschlossen hatten. Andererseits ist noch kurz vor der Wahl durch zwei bekannte Parlamentarier in der Presse der Kandidatur Pilet der Weg geebnet worden, und wenn diese wohl dafür, nach bekannten Umständen, auch kaum auf großen Dank rechnen konnten, und natürlich auch gar nicht damit gerechnet haben, so durften sie immerhin das Bewußtsein mit nach Hause tragen, zur Vermeidung eines außenpolitischen Betriebsunfalles das ihre getan zu haben. So wird denn das Departement des Schweigens weiterhin und unter derselben Führung seine Sache machen — unter der Führung, die es so sehr liebt, sich in möglichste Isolation zu begeben. Und auch darin wird allem Anschein nach nichts geändert werden.

Als siebenter und letzter stieg, mit 122 Stimmen, Herr Nobs aus der Wahl. Hatten sich bei den vorher erledigten Wahlgängen die meisten Sozialdemokraten der Stimme enthalten, also leer eingelegt, so geschah nun daselbe von bürgerlicher Seite, mit 52 leeren Stimmen, während auf Herrn Gut 38, auf Herrn Johannes Huber 12 Stimmen entfielen. Für den ersten mußte das ein sehr schönes und verdientes Kompliment bedeuten. Herr Nobs selbst nahm seine Wahl mit einer kurzen Ansprache an seine Wähler entgegen, und damit war nun der erste Sozialdemokrat Mitglied des Bundesrates geworden, zugleich auch die absolute Mehrheit der Freisinnigen in dem Kollegium gebrochen.

Eine neue Periode in der Geschichte schweizerischer Innenpolitik ist mit diesem Tage eingeleitet worden. Die Arbeiterschaft hat nun ihre Vertretung, aber sie hat nun auch ihre Verantwortung. Darüber herrscht im Grunde nirgends ein ernstlicher Zweifel, selbstverständlich auch bei denen nicht, die solche Binsenwahrheiten durch die konstante Betonung des Gegenteils in der Presse wegstreiten wollen. Mit großem Interesse, mit einer gewissen Spannung, blickt nun das Bürgertum

den Dingen entgegen, die kommen werden. Die Spannung gilt der Arbeit des neugewählten Bundesrates in dem Kollegium, und hiefür bestehen sehr gute Auspizien; sie gilt jedoch nicht weniger dem Einfluß, den die Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei an der Landesregierung auf die verschiedenen widerstrebenden Strömungen innerhalb der Partei haben werde. Das kommende Jahr wird hier in mehr als einer Richtung als ein Prüfstein der Verantwortung anzusehen sein, wie es denn, allem Anschein nach, unser ganzes Volk vor schwere Proben und Entscheidungen stellen wird. Gerade aus diesem Grunde ist die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Landesregierung fast als eine logische Folgerung der Stunde zu bezeichnen, nachdem die Partei ja — sie ist die stärkste des Landes — längst in verschiedenen kantonalen Regierungen vertreten ist. Im übrigen wäre immerhin zu sagen, daß eine Durchsetzung umwälzender Postulate aus den Schranken des sozialistischen Inventares auch heute genau so Illusion bleiben wird, wie sie es bisher war. Dafür dürfte, außer dem Bundesrat, auch das Parlament Sorge tragen, obwohl hier zu sagen wäre, daß die neue Zusammensetzung des Nationalrates, wie er aus den Wahlen hervorging, eben doch einige nicht unwesentliche Verschiebungen gebracht hat, die sich bei gewissen Abstimmungen leicht auswirken können. Es wird deshalb in den kommenden, vielfach entscheidenden Entwicklungen nicht wenig auf den Ständerat ankommen, der sich bisher noch stets als das konstante Element in unserem Parlamentarismus erwiesen hat, als ein Element, das in sich die Voraussetzungen trägt, überstürzte Entwicklungen zu verhindern. Nun sind zwar solche Entwicklungen, wie gesagt, auch heute keineswegs wahrscheinlich. Allein es besteht zweifellos jene andere Gefahr, die durch die außerordentlichen Verhältnisse der Kriegszeit bedingt erscheint — nämlich die Gefahr eines verstärkten weiteren Abgleitens in die Bahnen der Staatswirtschaft, wo doch eher ein Abbau der durch die Einflüsse des Krieges bedingten staatswirtschaftlichen Tendenzen ins Auge gefaßt werden sollte. Nach dieser Richtung freilich zwingt der Anschluß der sozialdemokratischen Partei an die Landesregierung ohne Zweifel zu verstärkter Wachsamkeit. Und dies auch nicht zuletzt mit Rücksicht auf unsere Außenpolitik und im Hinblick auf gewisse Rückwirkungen, die sich aus den kommenden Entwicklungen im Bereiche des Krieges auf unsere Innenpolitik ergeben könnten. Es bestehen hier verschiedene Anhaltspunkte, die uns dringend nahelegen, mit unserer Wachsamkeit nicht nachzulassen.

So würdig nun der Wahlakt im Parlament vor sich ging, so zeigte sich doch in einem einzelnen Punkte wieder einmal ein gewisser Grundmangel, der unserem Parlamentarismus anhaftet, und der offensichtlich immer wieder zum Vorschein kommen will. Die — wenn auch vielleicht nur indirekte oder stimmungsmäßige — Verkoppelung der Wahl des Herrn Pilet mit der des neuen Bundeskanzlers erschien, auch wenn sie von offizieller Seite nicht bestätigt werden konnte, doch ziemlich offensichtlich. Es handelt sich hier um eine Erscheinung, der zwar eine eigentlich schwerwiegende Bedeutung nicht zugesprochen werden kann, die aber immerhin zu gewissen Bedenken Anlaß geben muß. So ist die Angelegenheit denn auch von verschiedenen Parlamentariern selbst empfunden worden. Daß sie aber, wie stets in solchen Fällen, gerade eben in der Öffentlichkeit wieder einmal einigen unerfreulichen Wiederhall erzeugte, ist bekannt. In solchen Dingen ist unsere öffentliche Meinung durch die Entwicklung der letzten Jahre recht hellhörig, und auch etwas mißtrauisch geworden, und sie hat gewiß recht, wenn sie in diesem Bereiche ihre beobachtende und ihre kontrollierende Funktion geltend macht.

*

*

*

Nun hat sich auch das Dunkel ganz leicht erhellt, das im Laufe des Monats November die Vorgänge auf dem Felde der internationalen Diplomatie einhüllte, die gerade bei längerer Kriegsdauer ihre Beziehungen nie ganz verlieren kann. Folgt man in ihrer Fassung recht deutlichen Berichten aus London, so scheint in diesem Monat, der vielleicht einst als schicksalhaft erscheinen wird, tatsächlich eine Fühlungnahme zwischen Kriegführenden stattgefunden zu haben. Allein sie führte nicht zu einem positiven Ergebnis. Es ist selbstverständlich angesichts des heiklen Charakters solcher Dinge nicht zweckmäßig, sich hier in Einzelheiten verlieren zu wollen. Es scheint jedoch tatsächlich ein bedingtes Angebot von gewisser Seite vorgelegt worden zu sein, das auch geprüft worden ist. Nun der Versuch für einmal gescheitert ist, geht der Krieg mit fast unvorstellbarer Härte weiter.

Im Vordergrund steht heute zweifellos das neueste Ausmaß des Luftkrieges gegen das Deutsche Reich. Vor ihm scheinen selbst die erbitterten Schlachten des Ostens vorübergehend zurücktreten zu wollen. Allem Anschein nach, und gemäß übereinstimmenden Berichten, sind die Auswirkungen der fortgesetzten Bombardierung deutscher Städte derart schwerwiegend, daß sich unter Umständen nach verschiedenen Richtungen ganz besondere, vielleicht gerade auch völlig unerwartete Entwicklungen ergeben könnten. Von einer unmittelbar demoralisierenden Wirkung dieser Kriegsführung auf das deutsche Volk ist anscheinend wenig zu spüren. Vielmehr nimmt die Bevölkerung die furchtbaren Ereignisse mit einem Fatalismus auf, der oftmals unvorstellbar erscheint. Bis heute bleibt sie offenbar entschlossen, die Leiden, über deren Ausmaß wir alle uns den richtigen Begriff gar nicht machen können, weiter zu ertragen. Das gilt zumal auch von der Bevölkerung von Berlin, die in den letzten Wochen das Argste durchzumachen hatte. Wer die deutschen Dinge einigermaßen kennt, der braucht über die Ursache dieses außergewöhnlichen Ausharrungsvermögens nicht lange nachzusinnen. Wir lasen ja während der letzten Monate immer häufiger in der internationalen Presse von einer angeblichen Forderung Rußlands, wonach die zerstörten Städte dieses Landes durch Massen deutscher Arbeiter wieder aufgebaut werden müßten. Es ist nun aber ganz selbstverständlich, daß diese Dinge im deutschen Volke nur eine einzige Wirkung haben konnten; und so hört man denn aus durchaus zuverlässigen Berichten, es bilde sich immer fester im Volke draußen der Wille, eben eher alles zu ertragen, als solche Perspektive auch nur irgendwie in Erwägung zu ziehen. Und zwar ist es unbestritten, daß diese Überzeugung durch alle Kreise hindurchgeht, daß sie also ohne weiteres auch jene umfaßt, die dem Regime nicht angängen und im übrigen im Innern der Ansicht sind, der Krieg lasse sich nicht mehr gewinnen. Anscheinend spielt das, gegenüber der angedeuteten Perspektive, überhaupt keine Rolle mehr, und das hat nun weiter zur Folge, daß die auf den Fortgang und schließlich den Ausgang des Krieges bezüglichen Überlegungen allmählich den Charakter des Realen zu verlieren beginnen. Uns scheint, als werde solche Einstellung von der inneren Propaganda zudem noch nach Kräften gefördert; und in Wahrheit bleibt ihr auch kaum mehr ein anderer Weg als dieser. Denn die Schrecken, welche der neueste Bombenkrieg verbreitet, sind so furchtbar, dazu die Zerstörungen von einem derart bedenklichen Ausmaß, daß man den Dingen mit rein realen Überlegungen gar nicht mehr beizukommen vermag. So erscheint es beispielsweise völlig ausgeschlossen, daß der Staat jemals in die Lage kommt, dem Einzelnen alles wieder zu ersetzen, was er verloren hat. Auch diese Überlegung spielt in der Frage des Durchhaltens eine wesentliche Rolle insofern, als sich in der Bevölkerung immer

mehr die Überzeugung durchsetzt, daß überhaupt nur eine siegreiche Beendigung des Krieges eine Chance auf Wiederherstellung zu bringen vermöge und daß deshalb alles ertragen werden müsse. Wer diesem an sich völlig neuen Gesamtproblem nahekommen will, braucht sich im Grunde einzig an die Aufsätze zu halten, die der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, jede Woche in der Zeitung „Das Reich“ veröffentlicht. Wer diese Aufsätze regelmäßig liest oder, noch besser, ihrer Verlesung am Rundfunk zuhört, kann über die Entwicklungen und über die Erfordernisse der Propaganda unter solchen kaum vorstellbaren Verhältnissen nicht mehr im Zweifel sein. So spricht beispielsweise der zu Weihnachten erschienene Aufsatz „Von den Unwägbarkeiten des Krieges“ eine Sprache, die nicht mehr mißzuverstehen ist. Denn es zeigt sich hier unbestreitbar die Tendenz, Probleme, die mit realen Überlegungen nicht mehr gemeistert werden können, irgendwie in einen höheren Raum zu erheben, in einen Raum, wo letzten Endes alle Spekulationen möglich sind. So weit scheinen die Dinge nun gediehen; es zeigt sich dies übrigens auch in der neuen allgemeinen Gestaltung der deutschen Rundfunkpropaganda, die sich immer mehr in die großen Zusammenhänge der Geschichte begibt, um dem Volke die Überzeugung einer historischen Mission zu vermitteln, die nicht mehr von den Überlegungen des Tages aus, sondern nur noch in einem ganz großen Zusammenhang verstanden werden könne. Uns will scheinen, es bedürfe nicht vieler Worte, um darzulegen, wohin eine solche Entwicklung am Ende führen wird.

Auf einen Punkt freilich muß in diesem Zusammenhang doch verwiesen werden. Wir stehen vor der wahrhaft erschütternden Tatsache, daß weite Teile des deutschen Mittelstandes, also jener Schicht des Volkes, die stets noch als im besten Sinne staatszerhaltend, ja als in Wahrheit staatstragend erkannt und gewertet worden ist, im Begriffe stehen, zum zweiten Male innert fünfundzwanzig Jahren alles zu verlieren. War es damals die Inflation, welche diese Volksklasse beinahe auslöschte, sie jedenfalls in großen Teilen bis an den Rand des Hungers und der Verzweiflung, und darüber hinaus, trieb, so sind es heute die Phosphorbomben, unter denen diesmal noch viel mehr, nämlich nicht nur das Geldvermögen, nein: der Hausrat, das Haus selbst, mit allen tausendfältigen Erinnerungen und teuren Angelegenheiten zusammenbricht. Was wird aus diesem Volke werden, wenn diese Massen nun erneut völlig verproletariisiert werden? Schon machen sich übrigens deutliche Anzeichen einer Entwicklung bemerkbar, die mehr ist oder anderes als gegenseitige Angleichung in der Not. Wir wollen darauf nicht das Wort Nihilismus anwenden. Allein, wo in einer rasch zunehmenden Zahl von Städten rasch zunehmend Tausende überhaupt nichts mehr besitzen, als was sie gerade zufällig auf dem Leibe trugen, da werden auch die anderen, die Verschonten in ihrem Besitz auf die Dauer nicht belassen werden. Die nationalsozialistische Propaganda ist schon seit langem dazu übergegangen, mehr und mehr das sozialistische Element des Begriffes in den Vordergrund zu stellen — eine Tendenz, die in den radikalen Elementen der Partei ihre Grundlage besitzt, die ihrerseits immer stärker werden. Unter solchen Umständen kann die Wirkung der Bombardierungen nur eine Entwicklung beschleunigen, die am Ende zur völligen Nivellierung und zu anderem führen muß.

Der Eindruck aber, der von allen diesen tragischen Elementen ausgeht, verweist in seltsamer Gebundenheit auf jene frühere Epoche, da in Deutschland vielleicht Ähnliches, wenn auch ganz erheblich weniger Schwerwiegendes, geschah. Als

sich, nach dem Ende des letzten Krieges, unter der Wirkung der Inflation, des Hungers, des Elends, weiter Schichten eine Stimmung wirklicher Verzweiflung bemächtigte, ist in jenen nationalen Kreisen, denen die Niederlage tatsächlich unverwindbar erschien, der Begriff des Nationalbolschewismus geboren worden, als einziger Ausweg und als letzte Rettung. Was die Entwicklung noch bringen wird, kann niemand wissen. Allein dieser Dinge wird gedenken, wer sich mit der Perspektive eines russischen Vormarsches in ein von den Bomben zerrissenes Zentral-europa auseinandersetzen sucht.

Zürich, den 27. Dezember 1943.

J a n n v. S p r e c h e r.

Verwirtschaftlichung der Schweizer Demokratie?

Nichts beweist unbedingter die beispiellose Stabilität der innenpolitischen Verhältnisse bei uns als das Aufheben, das von einem Zuwachs an Sitzen bei einer Parlamentspartei um etwa 12 % gemacht wird. Betrachtet man die Sache nach der Außenseite der demokratischen Form, so kommt man zur der Überzeugung, es handle sich bei dieser Stabilität um nichts anderes als um einen Beweis politischer Reife des Volkes. Jedermann hat sich offenbar die Sache reiflich überlegt, sich seine Meinung gemacht, und damit sind alle jene so gefährlichen politischen Erdbeben und Grundwellen ausgeschaltet. Kein Zweifel, daß diese Deutung ihr verhältnismäßiges Recht hat. Aber woher dann die Schärfe, mit welcher der Wahlkampf geführt wurde? Woher kommt es, daß bei den letzten Wahlgängen deutlich sich die Tendenz zu Inloyalität, Heße, Verunglimpfung und Aufrührung von bloßem, dazu noch oft imaginärem Schmutz lebhaft steigend zeigte?

An sich wäre natürlich das demokratische Ideal die Wahl rein von M ä n n e r n — die nur als Persönlichkeiten vor die Wähler träten und während ihrer Abgeordnetenzzeit dann äußerlich gänzlich ungebunden nach bestem Wissen das Wohl des Ganzen betrieben. Aus hundert Gründen ist dieser Zustand nicht mehr möglich; die P a r t e i e n scheinen ein notwendiges Übel. Was Partei ist, neigt zur Selbstverfestigung und Selbstzwecklichkeit; die Parteiorganisation als solche sieht mit einer gewissen Zwangsläufigkeit ihre Daseinsberechtigung darin, den Gegner so sehr wie möglich herunterzumachen, die eigene Front so sehr wie möglich als im Besitze der absoluten Werte hinzustellen. Denn die gegnerische Partei tut ja dasselbe, und der Wähler wird schon von sich aus genug Abstriche anbringen. Dennoch bleibt das Ganze bei aller Erbitterung auf einem gewissen ideellen Niveau, solange es sich bei den Parteien ihrer Idee gemäß um Gruppierungen nach gleicher allgemeiner oder politischer Weltanschauung handelt. Diejenige Giftigkeit, bei der überhaupt kein Gemeinsamkeitsgefühl, keine Zubilligung der Gutwilligkeit an den Gegner mehr gedeiht, wird doch wohl erst da erreicht, wo das absolut Schmutzige die Alleinherrschaft antritt: das Geld- und reine Machtinteresse. Wächst der Anteil dieses Gesichtspunktes an unseren politischen Leidenschaften? Damit würde die Stabilisierung der ideologischen Fronten nur eine solche der soziologischen bedeuten.

In welchem Maß unsere Parteien Vertretungen (vorwiegend wirtschaftlich) Interessentengruppen geworden sind, das zu erkennen genügt ein Blick auf die Wahlvorschläge der Parteien: Die vordersten, aussichtsreichen oder gar sicheren Plätze werden in steigendem Maße von Kandidaten eingenommen, die den hinter den Parteien stehenden Machtkomplexen nichtpolitischer Art, oder unmittelbar der Partei selbst dienen und davon abhängen. Die unabhängigen Privatleute und gar die Handarbeiter dienen zur Dekoration der rein demonstrativen Plätze. Dabei ist

natürlich die Vertretung der berechtigten Eigeninteressen ein durchaus legitimer Bestandteil des politischen Lebens, und auch seitens der Abgeordneten erwartet man sinnvollerweise, daß sie sich in besonderem Maße des ihnen in jeder Hinsicht Nahe-
liegenden annehmen. Aber es sollte doch aufs strengste unter dem Gesichtspunkte des Gemeinwohls geschehen, dessen lediglich v e r h ä l t n i s m ä ß i g e Teile vom Wohl der Einzelnen ausgemacht werden. Wenn aber die Entwicklung in dem heutigen Ausmaße diesen Zustand hinter sich gelassen hat, so wird die Frage wichtig, ob eine Partei o f f e n e r oder eine v e r k a p p t e r Interessenvertretung vorzuziehen sei. Die ersteren können für sich geltend machen, daß eine eingestandene Unzulänglich-
lichkeit eine gemilderte ist, und daß nach dem berechtigten Kerne der marxistischen Überbau-Theorie die ideelle Überzeugung jeweils doch ziemlich eindeutig durch die soziologische Einordnung ihres Trägers bestimmt werde. Dem entgegen steht allerdings die Schlichtheit, mit der bei diesen Parteien jeder Vorrang eines Gesamt-
interesses schon ansatzgemäß verleugnet wird, was eben darin auch zum Ausdruck kommt, daß man einfach einen Stand, eine Klasse, ein religiöses Bekenntnis absolut setzt und idealiter als staatstragend erklärt. Denn überhört man diese Erklärung, so sähe man sich einfach der umschweiflosen robusten Selbstverteidigung einer Gruppe gegenüber, als sei diese niemals aus dem Naturzustand in den bürgerlichen ge-
treten. — Dem gegenüber genießt natürlich der a n d e r e Parteityp den großen Vorzug, vor der gesamtstaatlichen Ideologie wenigstens einen programmatisch ent-
schlossenen Kult zu verrichten, und es ist von den Religionen her bekannt, welche Macht eine wesenhafte Idee hat, durch fleißigen Lippendienst zur E r n s t n a h m e ihrer selbst vorzubringen. Andererseits wird diesen Parteien vorgeworfen, daß die ideelle Objektivität und Universalität gerade das raffinierteste und verlogenste Kampfmittel bestimmter ständischer und wirtschaftlicher Sonderbelange sei — ja daß gerade die großen anonymen Geldmächte und Gegenseitigkeitscliquen, welche sich dahinter zu tarnen pflegten, die eigentlichen Totengräber der Demokratie seien. Mit ihren rein formalen, in Wahrheit nur dem eigenen Machtstreben geltenden Freiheitsforderungen hätten sie die totalitären Systeme auf den Plan gerufen, ohne daß nach deren Abwirtschäften eine Lösung dieses ihres Ausgangsproblems gefunden sei.

Man wird dem entgegenhalten dürfen, daß in der Schweiz solchen Gefahren nicht unwirksame Gegenkräfte zuwiderarbeiten. Zweifellos hat der Schweizer Freude am Geld, am Verdienen und Sparen. Aber ebenso unmittelbar, fast naturhaft hat er Freude an Ordnung, Sauberkeit, materiellem Fortschritt, anständiger Reichlichkeit der äußeren Lebens-Mittel. Es ist nicht wie in Frankreich, wo der große Reichtum des Landes fast nur in der privaten Lebensführung zum Ausdruck kam, während jedermann es ganz in Ordnung fand, daß die öffentlichen Dinge dem wohl-
gefüllten Sparstrumpf zuliebe in beschämender Dürftigkeit und Rückständigkeit ver-
blieben. Forderungen zu öffentlicher Verschönerung und Verbreiterung des äußeren Daseins, für Volksbildung und meist auch für soziale Zwecke haben die Besitzenden bei uns selten knauserig aufgelegt gefunden — obschon sie darum die Hebel der Staatsmacht keineswegs aus der Hand ließen. Aber auch ohne diese ins Spiel zu ziehen, ist das Geld in positivem Sinne eine sehr wichtige Sache für die Demok-
ratie. Es gibt Ehen, die nur noch darum zusammenhalten, weil die harten Kanten der Charaktere und der gegenseitigen Ansprüche in Reibung verhindernde Ollager von Geld und all seinen Ausweichmöglichkeiten gebettet sind. Auch im Staate sind nirgends ideale Lösungen zwischen den hart aufeinanderstoßenden Ansprüchen der Gruppen gefunden worden. Wo man doch behauptet, solche Lösungen gefunden zu haben, hat es sich bisher nur um die mehr oder minder gerechte Organisation des gemeinsamen Mangels gehandelt, und das befriedigt die Menschen natürlich auch nicht. So war der Zustand in unserer Demokratie eine durchaus annehmbare Lö-
sung: nämlich so, daß in einem leidlichen Sinne für Alle da war — daß die Großen viel hatten, aber nicht unsinnig viel, und für die Kleinen auch noch etwas recht

Ordentliches herauskam. Leben und Lebenslassen galt weithin, und weithin gab man, wohl mit Recht, die grundsatzsaubere Idealität für die tatsächliche Befriedigung.

Von zwei Seiten ist dieser verhältnismäßig haltbare Zustand bedroht. Es könnte sein, daß der international fortschreitende Vorgang der Vertrustung den weithin largen Sinn unserer Wirtschaftsmächte mehr und mehr in jenen völlig mechanischen Erwerbsbetrieb der anonymen Gesellschaften überführte, welcher gebietet, überall den letzten Rappen herauszuholen und damit auch den politischen Kampf bis aufs Messer zu führen. Wir sehen im Ausland, wie diese immateriellen Sachen, diese Gesellschaften genau wie die Maschinen sich zu dämonischer, den Menschen (auch den Besitzer) ausjaugender Eigenwirklichkeit erheben. Dieselbe Gefahr ergäbe sich von der anderen Seite, wenn von Seiten der Kleinen ein vorwiegend ertragreiches, doch weithin auf persönlichen Faktoren ruhendes Verhältnis zu Gunsten von abstrakten Doktrinen zerstört würde. — Die andere Bedrohung ist natürlich die, daß vor unserer Ausfuhrindustrie, von der das Land vorwiegend lebt, sich ein Feld völliger Unsicherheit in die Zukunft streckt. So könnte sich der gesamte Wohlstandsspiegel, der alle Brunnlein speist, in drastischer Weise senken.

Gibt es Demokratien ohne genügendes Geld? Blicken wir um uns. Zunächst die großen Länder: Nordamerika. Wenn man die Zustände im politischen Leben dieses Landes im Spiegel der ernsthaften Literatur betrachtet, die größtenteils entschlossen sozialkritisch ist, so muß man zu dem Urteil gelangen, die Mißstände seien derartig, daß nur die Prosperität sie vor katastrophaler Auswirkung bewahren kann. Offen wird erklärt, das Problem, diese im nötigen Maße zu beschaffen, habe sich so zugespitzt, daß man für die Nachkriegszeit die Hoffnung hauptsächlich auf die Lieferungen für den russischen Wiederaufbau setze, die nach Zerstörung der deutschen Industrie von keinem anderen Lande geleistet werden könnten: Die berühmte Ablenkung nach außen! Diese war das ganze letzte Jahrhundert das Auskunftsmitglied der hochkapitalistischen Staaten. Wir sagen damit keineswegs, daß der Kapitalismus an sich vom Übel sei — umsomehr als noch niemand einen wirklich funktionierenden Ersatz vorgeschlagen hat. Aber niemand wird leugnen, daß die anarchische Wirtschaftsexpansion des 19. Jahrhunderts, die unter dem Druck der maßlosen Industrialisierung und Menschenvermehrung erfolgte, nur auf Grund von Raubbau möglich war. Die fortlaufende „Erschließung“ der Kolonialgebiete lieferte billigste Rohstoffe, billigste Arbeitskräfte, wettbewerbsfähigere Abnehmer. Die Teilnahme der europäischen Arbeiterklasse an dem so erzielten Wirtschaftsgeheimen vermochte dieselbe, zu den dahinter stehenden Zuständen reiner Ausbeutung weitgehend die Augen zu schließen — welche dem durchschnittlichen Europäer ohnehin nicht über die Meere und Raifengrenzen hinweg reichen, wenn es dort peinliche Dinge zu sehen gilt. Aber der Erschließungsvorgang nähert sich seinem Ende. Der Tag ist abzusehen, wo, soweit noch nicht bei den herrschenden Völkern, so doch bei den Farbigen die Einsicht wirksam durchdringt, daß sie nicht von Gott dazu geschaffen sind, um jenen ausjaugerische Steuern, Kulis, Kebsweiber und Kanonensfutter zu liefern; und erst dann wird die Demokratie in England und Frankreich ihre Feuerprobe bestehen. (Dies unter der Voraussetzung gesagt, daß der Pétain-Staat Episode bleiben wird.) Vorläufig kann dort von einer solchen Staatsform im ernstlichen Sinne noch nicht die Rede sein, da in diesen Imperien sozusagen kein überseeischer Farbiger ein politisches Recht genießt. Erst wenn das einmal der Fall sein wird, kann sich zeigen, ob die Demokratie dieser Länder ohne die riesigen Summen, die bei geringer Gegenleistung in den letzten Jahrhunderten übers Meer nach Paris und London geschlossen sind, auf eigenen wirtschaftlichen Füßen ihren Problemen gerecht zu werden vermag. Man darf sagen, daß haltbare rein demokratische Formen für einen Großstaat noch nicht entwickelt worden sind.

Auch in den kleinen Ländern hat bisher die Prosperität manche Spannungen latent bleiben lassen, die unter veränderten Verhältnissen dann offen und frontal

bewältigt werden müssen. Diese Spannungen sind nicht so groß wie bei den Großen. Aber die Vereinigung der inneren Gegensätze in der kleinstaatlichen Demokratie ist nicht durch Ablenkung in heroische Abenteuer oder in Einbrüche des Elementaren möglich wie in Großstaaten; sie bedeutet vielmehr eine hingebende Kleinarbeit, die selbstverständlich ihre Schattenseiten hat. Das Elementare ist nicht nur ein kitschiges Schema, und die Kleinarbeit ist nicht nur eine hingeebene Sachlichkeit, sondern auch bloße Spießbürgerei. Aber man muß die zugefallene Rolle mit Anstand spielen, und das schließt ein zu wissen, daß es auch andere Rollen gibt, und daß jede zugeteilte ihre Größe und ihre Schatten hat. Soweit könnte also die Demokratie höchstens als das kleinste Übel erscheinen — eine Staatsform, in welcher zwar der Kleinheit der Kleinen gelegentlich fast unerträgliche geistige Einflüsse eingeräumt werden müssen, aber immerhin durch nüchterne Vorsicht, Rechtsicherheit, Ausgleichsgefönnung, soziale Fürsorge, maßvolle Freiheit einem in sich leidlich zielsicheren Dasein noch am ehesten würdige Chancen eröffnet sind. Aber ein heroisches, ja metaphysisches Element hat die Demokratie, und es ist gerade das, was allein sie im letzten zu tragen vermag — ohne das sie nur ein Krämldädchen ist. Es ist der Glaube an die menschliche Freiheit, an die Bestimmung des Menschen zur Selbstbestimmung über das bloß Tierische hinaus. Dieser Glaube ist natürlich in kurzangebundener Anwendung eine reine Donquichotterie; aber die tausendfach dagegen argumentierende, hohnlachende, ernstmachende Wirklichkeit ist ohne ihn doch nicht zu bändigen noch zu gestalten. Und dieser Glaube allein vermag die wirtschaftliche Durchwachsung der Demokratie in ihren richtigen Schranken zu halten. Erich Brod.

Kulturelle Umschau

Dichtung und Malerei.

Als Ergänzung zu der Gottfried Keller-Ausgabe des Atlantis-Verlags hat Paul Schaffner einen Bilderband veröffentlicht, der dem Maler Gottfried Keller und den Keller-Bildnissen gewidmet ist¹⁾. Mit dieser Publikation sind Kellers malerische und zeichnerische Bemühungen in einer Schönheit und Vollständigkeit der Reproduktion zugänglich gemacht worden, die alle Wünsche befriedigen. Großformatige Tiefdruck- und Farbdruckwiedergaben, teilweise (wie beim Karton der Mittelalterlichen Stadt) ergänzt durch reizvolle Teilaufnahmen, ermöglichen dem Verehrer des Dichters ein gründliches Betrachten und Verweilen, bringen ihm viel Neues und zeigen ihm oft auch das Vertraute von einer neuen Seite. Bei den Bildnissen ist Bekanntestes weggelassen, dafür aber eine ganze Reihe entlegener Kostbarkeiten aufgenommen worden, so etwa die Gruppe von Karl Stauffers Entwürfen und photographischen Aufnahmen zu seiner Radierung, unter denen sich das m. E. schönste Bildnis Kellers, die en face-Aufnahme ohne Brille (Abb. 86) befindet, die bisher erst in R. M. Meyers Literaturgeschichte reproduziert war.

Paul Schaffner, der sich durch zwei frühere Veröffentlichungen als besten Kenner des Stoffes ausgewiesen hat, läßt seine Autorität nicht nur in diesem Bilderteil spüren, sondern auch in der umfangreichen Einleitung, die neben einer knappen Darstellung und Würdigung von Kellers künstlerischem Entwicklungsgang eine mit liebevoller Hingabe gearbeitete Zusammenstellung aller wichtigen literarischen Zeugnisse umfaßt. Neben Briefen und Tagebuchstellen (besonders willkommen die aus den frühen Skizzenbüchern) findet man die dichterischen Äußerungen über malerische

¹⁾ Paul Schaffner: Gottfried Keller als Maler. Gottfried Keller-Bildnisse. Atlantis-Verlag, Zürich 1942.